

## Immobilien Gefahr einer Blase steigt

Die Gefahr einer Preisblase am Immobilienmarkt hat in einigen deutschen Städten erheblich zugenommen. Die Kaufpreise von Eigentumswohnungen sind dort deutlich schneller gestiegen als

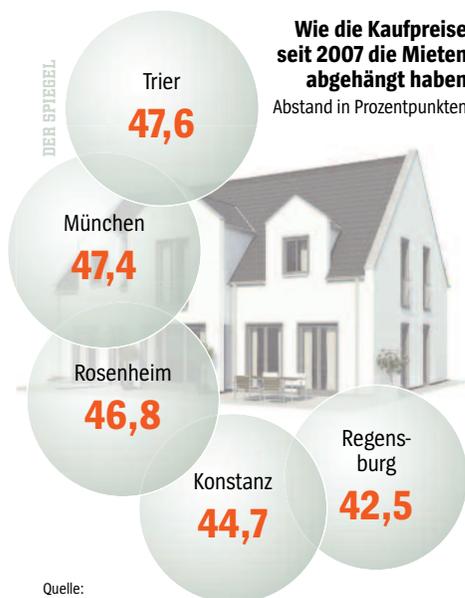
die Mieten. An der Spitze steht laut Berechnung des Internetportals Immobilienscout die Stadt Trier. Von 2007 bis heute sind in Trier Wohnungen um 72,6 Prozent teurer geworden, die Mietpreise haben indes nur um 25 Prozent zugelegt: eine Differenz von 47,6 Prozentpunkten. Die herausragende Position von Trier sei zum Teil mit dem „Luxemburg-Effekt“ zu erklären, erklärt Immobilienscout-Datenanalyst Jan Hebecker: Offensichtlich hätten Bürger aus dem reichen Fürstentum in der Nachbarstadt investiert. Auf der Liste der Städte mit den auffälligsten Blasen-symptomen folgen München, Rosenheim, Konstanz und Regensburg; an diesen Orten hat sich seit 2007 eine Lücke zwischen Kauf- und Mietpreisanstieg von mehr als 40 Prozentpunkten auf-

gegan. Zum Vergleich: Zwischen 2007 und 2010 stiegen in Rosenheim und Konstanz die Mieten noch stärker als die Kaufpreise, seitdem sind die Kaufpreise den Mieten enteilt. Inzwischen koppelt sich das Preisniveau auch in den weniger attraktiven, sogenannten B- und C-Städten von der Mietentwicklung ab. Am Ende des Rankings finden sich mit Bochum, Krefeld, Bottrop, Duisburg und Gelsenkirchen Orte aus der Rhein-Ruhr-Region, dort kann von einer Überhitzung keine Rede sein. In Gelsenkirchen sind die Mieten um 9,2 Prozent gestiegen, die Preise aber um 3,4 Prozent gesunken. Die gesamte Liste findet sich auf SPIEGEL ONLINE. *aju*

schen Unternehmen mehr Klagerechte als deutschen Firmen einräumen würde. „Das ist sensibel, wir prüfen das“, versprach EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström am vergangenen Mittwoch im Handelsausschuss des EU-Parlaments. Sie will mit den Kanadiern auch über einen Handelsgerichtshof sprechen, wie ihn die Europäer im Handelsabkommen TTIP mit den USA durchsetzen wollen. Dieser soll die im Geheimen tagenden Schiedsgerichte ablösen, die viele Streitigkeiten zwischen Unternehmen und Staaten entscheiden. Zwar ist mit Kanada das Abkommen fertig ausgehandelt, im Ratifizierungsprozess sind jedoch immer noch Änderungen möglich. Der kanadische Chefunterhändler Steve Verheul deutete am Mittwoch auf dem European Business Summit in Brüssel bereits ein mögliches Entgegenkommen an: „Wir müssen neue Fakten berücksichtigen, um sicherzugehen, dass das Abkommen ratifiziert wird. Ceta ist für uns wichtiger als für die EU.“ *pau*

### Wie die Kaufpreise seit 2007 die Mieten abgehängt haben

Abstand in Prozentpunkten



Quelle:  
ImmobilienScout24  
I. Quartal 2007 bis I. Quartal 2015

## Handelsabkommen Brüssel will neuen Deal mit Kanada

Die Bundesregierung drängt die EU-Kommission, das Handelsabkommen Ceta mit Kanada nachzubessern. Berlin habe Hinweise, dass das Freihandelsabkommen kanadi-

## Die Samstagsfrage Wofür kämpft Claus Weselsky eigentlich?

Claus Weselsky geht es nicht allein um ein paar Prozent mehr Lohn für seine Leute in der Gewerkschaft der Deutschen Lokführer (GDL). Er will seinen Machtbereich ausweiten. Künftig will er nicht nur für Lokführer einen Tarifvertrag abschließen, sondern auch für jeden einzelnen Bahnangestellten, der Mitglied in seiner eher kleinen Gewerkschaft ist. „Selbst wenn ich nur ein Mitglied habe, ist es unser Recht und unsere Pflicht, für dieses Mitglied zu tarifieren“, sagt er. Doch der Lokführeranführer hat starke Gegner. Nicht nur die Bahn und die konkurrierende größere Gewerkschaft EVG, sondern auch die Große Koalition, die noch in diesem Jahr das sogenannte Tarifeinheitsgesetz verabschieden will, das die Rechte der Kleingewerkschaften einschränkt. Der Entwurf soll Streitfälle wie bei der Bahn regeln und den Druck zur Kooperation erhöhen: Entweder sollen sich die Gewerkschaften innerhalb eines Betriebs absprechen, welche Berufsgruppen sie vertreten – oder aber gemeinsame Verhandlungen für alle vereinbaren. Wenn Absprachen scheitern, greift nur noch der Tarifvertrag jener Gewerkschaft, die die Mehrheit im Betrieb stellt. Das bedeutet aber auch, dass die unterlegene Gruppe nicht zum Streik aufrufen darf, solange der Tarifvertrag läuft. Weselsky will deshalb, dass seine GDL wächst. Und Gewerkschaften gewinnen neue Mitglieder durch Macht-



demonstrationen und Abschlüsse. Das geplante Gesetz schränke die Rechte seiner Mitglieder unzulässig ein, sagt Weselsky. In diesem Streik gehe es um das große Ganze. Um das Grundrecht der Lokführer auf Streik. Um das Überleben als Gewerkschaft. Die Argumente des GDL-Chefs machen Eindruck. Sie haben aber einen Nachteil: Sie stimmen nur bedingt. Zwar wird es durch den Regierungsplan schwieriger für Kleingewerkschaften, Tariftmacht zu erlangen – die Position der Lokführergewerkschaft aber würde kaum geschwächt. Jahrzehntlang galt in der Bundesrepublik das Prinzip der Tarifeinheit: „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“. Doch in einem Urteil von 2010 verabschiedete sich das Bundesarbeitsgericht von diesem Grundsatz und stärkte die kleinen Sparten-gewerkschaften im Tarifpoker. Weselsky möchte verhindern, dass die Große Koalition ihm die Freiheiten wieder nimmt, die ihm das Bundesarbeitsgericht geschenkt hat. Dabei ist die kleine GDL schon heute nicht überall Minderheitsgewerkschaft: Die Bahn besteht in Deutschland aus 328 Betrieben. Nur in 65 dieser Betriebe kommt es zu Tarifkollisionen zwischen GDL und EVG. Legt man die Ergebnisse der jüngsten Betriebsratswahlen zugrunde, hat die EVG zwar in 45 Betrieben die Mehrheit – in den übrigen 20 jedoch die GDL. Dort kann Weselsky auch in Zukunft noch häufig streiken. *mad*